

"Luxemburg: Heftige Konfrontationen, um zu einem Abkommen zu gelangen, das Großbritannien den Zugang zur Europäischen Gemeinschaft ermöglichen wird" in Le Figaro (23. Juni 1971)

Legende: Am 23. Juni 1971 kommentiert die französische Tageszeitung Le Figaro die heftigen Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Sechs über die Frage der Milchprodukte aus Neuseeland.

Quelle: Le Figaro. 23.06.1971, n° 8 326; 145e année. Paris: Le Figaro. "Luxembourg: Durs affrontements pour aboutir à l'accord qui ouvrira à la Grande-Bretagne les portes de la Communauté européenne", auteur: Lecerf, Jean, p. 32.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/luxemburg_heftige_konfrontationen_um_zu_einem_abkommen_zu_gelangen_das_gro%C3%9Fbritannien_den_zugang_zur_europaischen_gemeinschaft_ermoglichen_wird_in_le_figaro_23_juni_1971-de-25a77b88-65d4-4b3c-8aee-6936cfed9a10.html



Publication date: 01/03/2017

Luxemburg: Heftige Konfrontationen, um zu einem Abkommen zu gelangen, das Großbritannien den Zugang zur Europäischen Gemeinschaft ermöglichen wird

Luxemburg, den 22. Juni (von unserem Sonderkorrespondenten)

Die Bemühungen um das Abkommen, dessen Abschluss für morgen Vormittag erwartet wird und das Großbritannien den Zugang zur Europäischen Gemeinschaft ermöglichen soll, waren schwierig, anstrengend und angespannt.

Die Arbeit der sechs oder sieben Partner hat gestern begonnen, bis nach drei Uhr vergangene Nacht gedauert, ist heute morgen wieder aufgenommen worden und wird vermutlich noch sehr lange weiter gehen. Derzeit besteht die Hoffnung, ohne dass darüber jedoch Gewissheit besteht, dass es Mittwochvormittag zu einem Abschluss kommen wird, wobei jedoch nicht sicher ist, ob dieser nicht auf eine spätere Sitzung verschoben wird.

Das Problem, das im Mittelpunkt der Diskussionen der vergangenen Nacht und des heutigen Tages stand, ist, eine Regelung für die Milchprodukte aus Neuseeland zu finden. Mehrere Male kam das Gefühl auf, in eine Sackgasse geraten zu sein. Es ist interessant zu sehen, von welcher enormen Bedeutung in dieser Art Debatte die Nuancen des Textes sind.

Gegen ein Uhr nachts kündigte der Sprecher ein Abkommen der sechs Mitgliedstaaten an, das auf einem Vorschlag der Franzosen basiert. Demnach würden nach einer Übergangszeit von fünf Jahren 75 % der aus Neuseeland nach Großbritannien importierten Butter ohne Agrarabschöpfungen zugelassen werden.

Nach dieser Frist soll die erweiterte Gemeinschaft über das weitere Vorgehen „**im Rahmen einer kontinuierlichen Degression**“entscheiden.

Plötzlich erklärte der Italiener Moro, dass er diesen Vorschlag „**aus psychologischen Gründen**“nicht akzeptieren könne. Schuman erwiderte, dass er bis an die Grenzen der möglichen Zugeständnisse gegangen sei, und zog seinen Vorschlag zurück.

Eine Zeit lang hatte niemand mehr einen Vorschlag zu unterbreiten. Dann bot der Präsident der Kommission Malfatti an, die Formulierung durch folgenden Absatz: „**Die Gemeinschaft schlägt im Rahmen einer Übergangsphase eine Ausnahmeregelung für die Milchprodukte aus Neuseeland vor**“. Diese Formulierung wurde von den nun kompromissbereiten Italienern angenommen.

Wie würde dieses System also funktionieren? Die derzeitigen Importe von neuseeländischen Milchprodukten nach Großbritannien würden zwischen 1973 und 1977 progressiv um ein Viertel für Butter und vier Fünftel für Käse reduziert.

1977 würde die Gemeinschaft die Situation erneut prüfen, unter Berücksichtigung der Auswirkungen einer Reduzierung der Verkäufe auf Neuseeland, unter Berücksichtigung des Zustands des gemeinschaftlichen Marktes für Milchprodukte und der Bemühungen zur Förderung eines weltweiten Abkommens über diese Produkte. Die Neuseeländer sähen es gerne, wenn es zu einer ständigen Ausnahmeregelung käme, die ihre Absatzmärkte in Großbritannien uneingeschränkt garantieren würde.

Es wurden auf Drängen Frankreichs zwei Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Gefahr eines definitiven Verstoßes gegen die Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik zu vermeiden: Zunächst wurde präzisiert, dass es sich um eine Übergangsperiode handelt, da es ab 1978 keine Importe mehr von Käse ohne Agrarabschöpfungen geben soll und die Importe von Butter nur nach einem einstimmigen Beschluss des Rates davon befreit werden können. Frankreich hat sich die Möglichkeit eines Vetos vorbehalten, und genau da liegt der Hase im Pfeffer.

Ein überraschender Gegenvorschlag

Im Laufe des Nachmittags unterbreitete Rippon einen Gegenvorschlag. Er sah eine weiter greifende Möglichkeit für Importe von Butter aus Neuseeland vor und unterstrich, dass diese von einer „Ausnahmeregelung“ profitieren würde. Da seit dem Vortag über die Begriffe debattiert wurde, die präzisieren sollten, dass diese Ausnahme **vorübergehend und degressiv** sein solle, könnte man sich durch das Weglassen dieser Ziele die Möglichkeit einer ständigen Ausnahmeregelung offen lassen. Andererseits forderte Rippon für das Jahr 1978 eine Überprüfung der Finanzierungsregeln der Gemeinschaft durch den Ministerrat, in dem die Engländer ein Vetorecht haben werden. Anders gesagt stellte er die Annahme der finanziellen Regelung als endgültige Maßnahme in Frage.

Nachdem die Sitzung zur Prüfung des Textes unterbrochen worden war, kamen die Sechs wieder zusammen. Selbst die, die dem Text am wohlwollendsten gegenüber standen, konnten den britischen Vorschlag nicht akzeptieren. „**Er enthält vieles, was gegen unsere Prinzipien verstößt**“, sagte Luns, Veteran in den Auseinandersetzungen um Europa und hartnäckigster Verfechter der britischen Kandidatur, der an diesem letzten Ministerrat teilnimmt. „**Er enthält Ideen, die sich mit unserer Philosophie nicht vereinbaren lassen**“, stellte Scheel fest, „**obwohl der Beitritt Großbritanniens eines der wichtigsten Ziele der deutschen Diplomatie ist.**“ Die Italiener waren derselben Meinung. Schuman erklärte als Präsident des Rates, dass das britische Dokument auf keinen Fall als Diskussionsgrundlage dienen könne.

Eine gewisse Verlegenheit hatte sich angesichts dieses brüskten Rückzugs der Briten breit gemacht, die in Frage stellten, was schon als beschlossen galt, und sogar den Geist der Gemeinschaft, der sie beitreten wollen. Vielleicht brauchten sie die Bestätigung, sich ein letztes Mal der Beständigkeit der Prinzipien zu versichern, denen sie sich anschließen mussten.

Die Europäische Kommission versuchte, durch einen Vorschlag eine akzeptable Lösung zu finden. Die Ausnahmeregelung für Neuseeland wäre für fünf Jahre vorgesehen und die erweiterte Gemeinschaft würde über die zukünftige Regelung der Einfuhren entscheiden. Es wurde nicht mehr über eine degressive Staffelung gesprochen, aber Frankreich behielt sich die Möglichkeit des Vetos vor. Über diesen Vorschlag wurde lange diskutiert. Er sollte schließlich zu Beginn des Abends Rippon übermittelt werden.

Bleibt die Frage der gemeinschaftlichen Finanzierung und der Steuern zu regeln.

In Bezug auf die Anfrage Großbritanniens, über die gemeinschaftlichen Entscheidungen des Jahres 1972 informiert zu werden, zeichnen sich keine Schwierigkeiten ab. Die Frage des Status quo der Kanalinseln wird dieses Mal nicht behandelt. Dies ist ein Leckerbissen für die Juristen, die sich gegenseitig Urkunden aus dem 15. Jahrhundert, Lehnswüre an den Herzog der Normandie, der nebenbei König von England war und die Entscheidungen irgendeines obskuren Seneschalls vorhalten.

Der Wille, diese Sitzung zu schließen, hat nicht nachgelassen. Die auftretenden Schwierigkeiten sind sehr real, denn verschiedene Interessen werden im Kern getroffen, aber es besteht die Hoffnung, dass die Minister, bevor sie auseinander gehen, feierlich den Abschluss des Abkommens begehen werden, das Großbritannien die Tore zu Europa öffnet.

Jean Lecerf.